

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 16. September 2013

Verfasser: Andreas Hasler

### **Kantonsreferendum gegen den Flughafen-Staatsvertrag mit Deutschland (Barbara Schaffner)**

Soll der Kanton Zürich ein Kantonsreferendum gegen den Staatsvertrag beschliessen? Nein, finden wir Grünliberale: Zwar ist der Vertrag für uns nicht besonders gut, weil er noch mehr zeitliche Sperrfenster in Deutschland erlaubt – also uns mehr Lärm beschert. Wichtig ist aber erstens, dass mit dem Vertrag keine Pistenverlängerung verbunden ist, was eine Kapazitätssteigerung bringen würde. Zweitens gibt er (wenn er je in Kraft tritt) dem Flughafen einen klaren Rahmen, der langfristig Bestand hat. Das ist für ein vernünftiges Geschäft wichtig. Insgesamt können wir dem Vertrag deshalb mit Zähneknirschen zustimmen.

Das Kantonsreferendum käme ohnehin nicht zustande, weil es dazu 8 Kantone braucht. Es ist aber kein einziger anderer Kanton in Sicht, der Zürich in dieser Frage unterstützen würde. Und trotzdem ist unklar, ob der Staatsvertrag zustande kommt, weil ihn die Deutschen bis jetzt nicht paraphieren wollen. Der Kantonsrat lehnte das Referendum mit 98:71 ab.

### **Lockerung der Bauvorschriften für Gastwirtschaftsräume (Thomas Wirth)**

Das Postulat ist unnötig, weil es hier um eine Vollzugsfrage und weniger um die Vorschriften als solche geht. Letztere sind durchaus sinnvoll. Der Kantonsrat sah das mehrheitlich auch so.

### **Revision Jagdgesetz (Benjamin Schwarzenbach)**

Die Einhaltung der Jagdquoten und die Nachwuchsförderung sollen Kriterien für die Jagdpachtvergabe sein. Genau dies lässt das heutige Jagdgesetz aber schon zu. Wir waren deshalb gegen die Überweisung der Motion, und der Kantonsrat mit 108:59 auch.

### **Rascher Bau von umweltschonenden Flusswirbel- und Kleinflusskraftwerken (Barbara Schaffner)**

Das Bewilligungsverfahren für Flusswirbel- und Kleinkraftwerke soll beschleunigt werden. Dazu wollen wir Grünliberale vom Regierungsrat einen Bericht und damit darlegen, dass die umweltfreundliche Energiegewinnung – auch wenn es sich um verhältnismässig kleine Strommengen handelt – für uns einen grossen Stellenwert hat. Der Kantonsrat folgte uns mit 94:69 Stimmen nicht.

### **Berücksichtigung von behindertenfreundlichen Firmen im öffentlichen Beschaffungswesen (Jörg Mäder)**

Das Postulat verlangt, dass ein Unternehmen bei Submissionen Zusatzpunkte erhält, wenn es behinderte Menschen beschäftigt. So sympathisch das Anliegen ist, so unpraktikabel ist es: Erstens ist die Berechnung des „besten“ Unternehmens in einer Submission schon heute äusserst aufwändig. Zweitens müsste dann noch definiert werden, welcher Behinderungsgrad anzurechnen ist. Drittens werden so kleine Unternehmen benachteiligt, weil sie sich – leider! – kaum leisten können, Behinderte zu beschäftigen. Das Postulat wurde denn auch nicht überwiesen (60:107).

Bericht: Andreas Hasler